

Parlamentarier setzen auf Donald Trumps Gegner Joe Biden

Delmenhorster Hoffnungen vor US-Wahl / Hiesige Abgeordnete sind sich einig

Von Kai Hasse

DELMENHORST Nur noch wenige Tage, dann werden in den USA die Stimmen der US-Wahl ausgezählt – zumindest wird damit begonnen, denn es kann unter Umständen Tage und Wochen bis zu einem Endergebnis dauern. Und dann bangen nicht nur die Amerikaner, sondern auch viele Deutsche. Unter anderem die Delmenhorster Bundestagsabgeordneten. Alle drei – ob konservativ, liberal oder sozialdemokratisch, wünschen sich einen Mann: Joe Biden, und bloß nicht mehr vier Jahre Donald Trump.

Der FDP-Abgeordnete Christian Dürr hat ein besonders Augenmerk auf die Abstimmung in den Vereinigten Staaten: Er ist Mitglied in der deutsch-amerikanischen Parlamentariergruppe. „Trump hat in den letzten Jahren viel Schaden angerichtet“, sagt er. Ein Hauptproblem sei, dass Trump oft seine Meinung ändere. Man habe auch viel Zeit verloren durch Streitigkeiten über Zölle oder ein Freihandelsabkommen. Trumps Konkurrent Joe Biden würde mehr Kontinuität und Verlässlichkeit in die transatlantischen Beziehungen bringen können.

Senat verzeiht alle Missgriffe

Dürr glaubt, dass sich die politischen Spannungen der vergangenen Jahre in den USA wieder legen werden. „Ich halte die amerikanische Demokratie für sehr widerstandsfähig“, meint er, trotz des Anscheins, dass die Republikanische Partei im Senat des Landes, den sie do-

minierte, dem Präsidenten nahezu alle Missgriffe durchgehen lässt. „Die USA haben eine sehr alte Demokratie. Sie hat schon andere Krisen überstanden – sie wird auch Trump überleben“, so Dürr.

Die Demokratie der USA ist tatsächlich sehr alt, aber gerade ihre antiken Wahl- und Politikstrukturen machen beispielsweise der SPD-Bundestagsabgeordneten Susanne Mittag Sorgen. Das eingespielte Zwei-Parteien-System habe für eine Polarisierung in den USA gesorgt, „und das hat sich zu einem Kulturkampf entwickelt, der seit Jahren schwelt.“ Nur zwei Parteien sorgten für eine unschöne Wahl: Entweder-Oder. Sie vergleicht mit Delmenhorst: „Wir haben im Rat fast zehn Gruppierungen. Sechs würden auch reichen – aber es eröffnet die Möglichkeit, Dinge immer wieder neu und anders zu debattieren. Unterschiedlichste Konstellationen sind möglich.“



Astrid Grotelüschen erhofft sich mehr Stabilität. FOTO: GOLITSCHKE

Sie glaubt, dass durch die Präsidentschaft des ehemaligen TV-Stars deutlicher geworden ist als schon zuvor, dass die Amerikaner auch eigene Interessen vertreten, und nicht nur als ein politischer „Großer Bruder“ der Bundesrepublik oder Europas begriffen werden darf. Das habe immerhin, meint sie, die Europäer näher zusammengebracht und für mehr Gemeinsinn gesorgt. Von dem – für amerikanische Verhältnisse – liberalen Demokraten Joe Biden erhofft sie sich mehr Verlässlichkeit über bestehende Vereinbarungen, mehr Blick auf die Weltgemeinschaft, und dass der aggressive Ton der USA in der Welt abnimmt.

Mittag will keine US-Amerikanerin mehr sein

Mittag selbst steckt gerade in einem unerwartet schwergängigen Prozess, ihre eigene amerikanische Staatsbürgerschaft abzulegen, die sie als in Cleveland, Ohio, Geborene hat. Sie woll-



Susanne Mittag ist in den USA geboren. FOTO: GOLITSCHKE

te sie nicht mehr, als Trump gewählt wurde. Aber die administrativen Prozesse sind träge – auch, weil die US-Botschaft immer wieder nachfragt, ob sie das tatsächlich will, was für Amerikaner scheinbar schwer vorstellbar sei. Gewählt hat sie derweil nicht, sie wähle „nur in Deutschland“, stellt sie klar.

Ähnlich hofft auch die CDU-Abgeordnete Astrid Grotelüschen: „Mit Biden als Präsident wird es keinen kompletten Wechsel geben, jedoch würde ich mir von ihm mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation erwarten.“ Denn die lasse der derzeitige Präsident vermissen.

Trump's unter politischen Gesichtspunkten „unberechenbare“ Art machten bilaterale Politik und diplomatisches Handeln sehr viel schwieriger. „Zusammenhalt und ein gemeinsames Handeln sind aber das, was wir besonders im Moment brauchen“, so die Christdemokratin.



Christian Dürr wünscht sich mehr Verlässlichkeit. FOTO: SOEDER/DPA